

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
11 / 2004

# **Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2003
- MUSICA PRO PACE 2003
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

## Die US-amerikanische Aggression im Irak im Jahr 2003 und die Zukunft der Nationalstaaten

»Le nationalisme c'est la guerre«

François Mitterand,  
verstorbenen französischer  
Staatspräsident, 1995

I. *Einleitung*<sup>1</sup> — Mit der Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Alliierten im März 2003, um das Regime von *Saddam Hussein* zu stürzen, entstand eine neue und alte Qualität im System der internationalen Beziehungen.

Im neuesten 357 Seiten-Bericht von *amnesty international* aus dem Jahre 2004 über Menschenrechtsverletzungen in 157 Staaten ist der meiste Platz nicht den ›Schurkenstaaten‹ – wie Kuba, Nordkorea oder Turkmenistan – gewidmet, sondern den USA. Darin wird festgestellt: »Die globale Sicherheitsagenda, die von der US-Administration promulgiert wird, ist ein Bankrott an Vision und mangelt jeglicher Prinzipien«. Die *ai*-Generalsekretärin *Irene Khan* fährt in ihrer Einleitung zu dem Bericht fort:

»Menschenrechte im Namen der eigenen Sicherheit opfernd, ein blindes Auge auf Missbrauch im Ausland werfend, hat die Anwendung von präventiver Gewalt, wo und wann es gefällt, weder die Sicherheit erhöht, noch die Freiheit gesichert. Die Behauptung, eine Kampagne gegen den Terrorismus zu führen, um Menschenrechte zu schützen, während gleichzeitig auf ihnen herumgetrampelt wird, um dies zu erreichen, ist mehr als ›Doppelsprache‹.«<sup>2</sup>

»Die Vereinigten Staaten haben ihre moralische Höhe und die Fähigkeit verloren, noch irgendwo im Hinblick auf Frieden und Menschenrechte führend zu sein«, resümierte Khan auf einer Pressekonferenz in London.<sup>3</sup> Der Bericht stellte auch fest, dass diese Ereignisse im Jahr 2003 der Vision der Menschenrechte der Vereinten Nationen einen »tödlichen Schlag« versetzt haben, wobei diese globale Körperschaft quasi paralysiert worden ist in ihrem Bestreben, »Staaten in diesem Zusammenhang zur Verantwortung zu ziehen«. (ebd.)

»Seit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 hat es noch nie einen derartigen, fortdauernden Angriff auf [deren] Werte und Prinzipien gegeben«, sagte Khan« (ebd.). Auch das UN-Menschenrechtskomitee beschuldigt in einem 45-Seiten-Bericht die USA der Kriegsverbrechen in Irak.<sup>4</sup>

*II. Historischer Hintergrund* — Seit dem Abschluss des Westfälischen Friedensvertrags von 1648 in Münster und Osnabrück wurde das Prinzip des *bellum iustum* abgeschafft und ersetzt durch das Prinzip des *ius ad bellum*. Das bedeutet, dass es kein Recht auf Kriegführung mehr gibt, damit auch keine ›gerechten Kriege‹, geschweige denn Präventivkriege. Das einzige Recht, das verbleibt, ist das auf Verteidigung. Dieser Wandel im Verständnis von Frieden und Krieg war ein fundamentaler Durchbruch in der menschlichen Zivilisation.<sup>5</sup>

Es war das Ergebnis von Renaissance und Humanismus, die im 13. Jahrhundert in Italien, den Niederlanden, Deutschland und Frankreich entstanden waren. Die bisher höchste Entwicklungsstufe der menschlichen Kultur, das ›Zeitalter der Aufklärung‹, ist die Fortsetzung dieser Ideen: Das Individuum und mit ihm die Menschenrechte wurden konzipiert. Im Hinblick auf religiöse Toleranz und die Fusion der Religionen entstand die *Irenik*. Ein weiterer fundamentaler Fortschritt war die Hinterfragung der absoluten Wahrheit. Der folgende Ausspruch des preußischen Königs *Friedrich II.*, dessen Berater kein Geringerer als *Voltaire* war und der die Einstellung zur Toleranz symbolisiert, wurde bis heute sehr bekannt: »Jeder soll nach seiner eigenen Façon selig werden.«<sup>6</sup>

Dies alles wurde jedoch mit dem Entstehen der Nationalstaaten wieder in Frage gestellt. Welch ein Zufall: Zum gleichen Zeitpunkt, als mit dem Westfälischen Friedensvertrag der furchtbarste Krieg in der Frühen Neuzeit auf Europas Boden endete und an dem fast alle europäischen Mächte der damaligen Zeit – mit Ausnahme von England – beteiligt waren, entstand auch der *Nationalstaat*. Die Entwicklung des internationalen Rechts, das Prinzip der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten – was bis dahin die Regel war – und das Prinzip der Souveränität wurden eingeführt. All das trug zu einer *relativen* Stabilität und zu einem *relativen* Frieden in Europa durch das Gleichgewicht der Mächte bei. Jedoch wurde die Aggression nach außen, in den Rest der Welt, exportiert und der moderne *Kolonialismus* und *Imperialismus* entstanden.

Das Prinzip der Nichtintervention galt offensichtlich nur zwischen Nationalstaaten, aber nicht für nichtstaatliche Gemeinschaften und Kulturen. Selbst so alte Zivilisationen wie China und Indien kamen – wenn auch spät – unter den Einfluss der Kolonialmächte. Nur Japan – ebenso wie der Jemen und Äthiopien – wurde von Kolonialherrschaft verschont. Als ›guter‹, oder besser: schlechter Schüler kopierte aber Japan seit dem Ende des 19. Jahrhunderts den westlichen Kolonialismus und Imperialismus und überfiel seine Nachbarn.

Der Nationalstaat ersetzte den Absolutismus der Kirchen durch den Absolutismus der Nation. Religiöser Fanatismus – der zu Zehntausenden von Hexenverbrennungen und zu millionenfachem Mord an Ungläubigen geführt hatte – wurde transformiert oder ersetzt durch Nationalismus, Chauvinismus und Faschismus. Insoweit finden wir – wie zumeist in der menschlichen Geschichte – gleichzeitig die »Emanzipation von selbstverschuldeter Unmündigkeit« (*Immanuel Kant*) und

das Entstehen neuer Unterdrückung, stärker als je zuvor in der Geschichte: Dialektik in Aktion.

*III. Die USA: Vollendung des Nationalstaats?* — Die Vereinigten Staaten von Amerika, eine junge Staatsgründung, waren von Anbeginn eine sehr moderne Nation – das ›alte Europa‹ hinter sich lassend, wenn auch nicht die Sklaverei. Der französische Jurist und Politiker *Alexis de Tocqueville* schrieb bereits 1835 die bis heute zutreffendste Analyse der USA: eine Gesellschaft, getrieben von absoluten Werten, auf religiösem und sektiererischem Fundament, diese selbst untergrabend.<sup>7</sup> Diese Doppelmoral wurde in der US-amerikanischen Gesellschaft quasi prototypisch ausgebildet, ob im Hinblick auf Sexualität, Pornographie, Gewalt, Kriminalität, Geld etc.

Diese doppelten Standards wurden auch im Verhältnis nach außen, gegenüber den eigenen Nachbarn, angewandt, insbesondere gegenüber Mexiko und dann mit der *Monroe*-Doktrin seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gegenüber ganz Lateinamerika. Ein dauerhaftes Phänomen ist die Gewalttätigkeit, im Land – die USA verzeichnen eine der höchsten Kriminalitätsraten in der ganzen Welt, obwohl die Todesstrafe regelmäßig praktiziert wird – wie auch nach außen. Die Probleme sowohl auf der persönlichen Ebene – wie in den Wildwestfilmen – als auch auf der internationalen Ebene ›auszuschießen‹, erscheint noch immer eine akzeptierte Option zu sein.

*Zivilisation* ist der Prozess, soziale Beziehungen ohne Gewalt zu regulieren. Eine zivilisierte Gesellschaft wird durch ein funktionierendes Rechtssystem charakterisiert, aber auch durch eine starke Zivilgesellschaft, die verhindert, dass Gewalt überhaupt erst entsteht. Insoweit ist es eine Ironie der Geschichte, dass Präsident *George W. Bush* nach der Zerstörung der *Twin Towers* des *World Trade Center* in New York am 11. September 2001 erklärte, dass dies ein Angriff auf die ganze zivilisierte Welt gewesen sei. Ohne Zweifel waren die *Taliban* ein furchtbares Regime, aber die *warlords* ebenso. Und die Geschichte lehrt uns – wenn sie uns überhaupt etwas lehrt –, dass wir keine Problemlösung erreichen, wenn die Mittel inadäquat sind. ›Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben‹, wie das Sprichwort sagt, hat nie zu einer Verbesserung geführt, ganz im Gegenteil.

So ist der Slogan »Frieden mit friedlichen Mitteln!« des Trägers des ›Alternativen Nobelpreises‹ und Kosmopoliten (sowie Ehrendoktors der Universität Osnabrück) *Johan Galtung* die einzig angemessene Antwort in diesen Tagen.<sup>8</sup> Diese Prozedur ist sicherlich anspruchsvoller als die gewalttätige, aber letztendlich der einzige Erfolg versprechende Weg.

Es wäre aber töricht und kontraproduktiv, wenn wir nur ein Schwarz-Weiß-Bild der USA malen würden, quasi als neues »Reich des Bösen«.<sup>9</sup> Ein hoffnungsvolles Beispiel für ein anderes, besseres Amerika bietet – bei aller Detailkritik – der Journalist und Filmmacher *Michael Moore*, der glücklicherweise nach seinem ›Oscar‹ für den Film *Bowling for Columbine* vor zwei Jahren nunmehr im Jahr

2004 die ›Goldene Palme‹ beim Filmfestival in Cannes mit seinem letzten Film *Fahrenheit 9/11* errang. Dieser Film über das Regierungssystem von George W. Bush zeigt uns einmal mehr dessen hässliches Gesicht.<sup>10</sup>

Während der beiden Weltkriege leisteten die USA ohne jeden Zweifel einen sehr positiven Beitrag zum Sturz der faschistischen Regime in Europa und der militaristischen japanischen Regierung. Auf der anderen Seite waren die USA auch nicht unschuldig am Entstehen des Kalten Krieges. So war der Eindruck eines ›Kalten Friedens‹ nur der des Nichtstattfindens eines Dritten Weltkriegs in Bezug auf Europa: Die Angst vor dem *big bang*, einem Atomkrieg zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion, lähmte beide Seiten.

Jedoch gab es zwischen 1945 und 1990 mehr Kriege als jemals zuvor in einem gleichlangen Zeitraum der menschlichen Geschichte, nämlich mehr als 350. Diese zahlreichen Kriege standen zumeist in Zusammenhang mit dem Prozess der Entstehung der Nationalstaaten, es waren – wie die meisten Kriege – Bürgerkriege oder antikoloniale Befreiungskriege bzw. Sezessionskriege wie in den Fällen der Kongo-Provinz Katanga oder des nigerianischen Landesteils Biafra. Die Supermächte und die früheren Hauptkolonialmächte Großbritannien und Frankreich vertraten zumeist dabei eigene Interessen und unterstützten jeweils die eine oder andere Konfliktpartei. Dies trug dazu bei, dass unter den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bis heute nur wenige demokratische oder souveräne Staaten waren bzw. sind. Daher fiel die Periode der Unabhängigkeit vom traditionellen Kolonialismus und Imperialismus, also von den 1940er bis in die 1970er Jahre, als schließlich die letzten früheren Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen wurden, zusammen mit dem Beginn von Neokolonialismus und Neoimperialismus.

*IV. Der Irak* — Die jüngste Intervention durch die USA und ihre Alliierten im Irak im Jahre 2003 kann als Wendepunkt in der Weltgeschichte betrachtet werden – ob zum Besseren oder Schlechteren, wird die Zukunft zeigen. Anhand der wichtigsten Eckpunkte der geschichtlichen Entwicklung lässt sich zeigen, dass die Situation sehr viel komplexer ist, als sie im Allgemeinen in den Medien dargestellt wird.

Der Irak ist – wie die meisten Nationalstaaten in der Welt – ein künstliches Gebilde, entstanden aus einer früheren britischen Kolonie bzw. einem »Mandat«, wie das Gebiet euphemistisch genannt wurde. Die formale Unabhängigkeit erfolgte nach der Zerstörung des Osmanischen Reichs 1918 durch Großbritannien, damit es einen besseren Zugriff auf dessen reiche Ölvorkommen hatte. Eine Monarchie wurde eingerichtet, ohne viel eigenen Handlungsspielraum. Um die Geschichte kurz zu machen: Im Kontext des Aufbruchs nationaler Bewegungen, die in vielen Ländern nach echter Unabhängigkeit strebten, übernahm in fast allen arabischen Ländern das Militär die Macht. Es waren zumeist junge Offiziere, die durch die früheren Kolonialmächte ausgebildet worden waren, dadurch westliche Ideale kennen gelernt hatten und daraufhin die Widersprüche im Hinblick auf die eigene Lage erkannten. Diese Bewegungen wurden zusammenfassend als *Nasserismus*

bezeichnet, nach dem 1970 verstorbenen ersten ägyptischen Präsidenten, der 1955 durch einen Putsch König *Faruk* gestürzt hatte.

Im Irak fand ein ähnlicher Putsch 1958 statt und brachte die *Baath*-Partei an die Macht, eine Partei, die sich selbst an einigen vagen sozialistischen und nationalistischen Ideen orientierte.

Das Militär war in diesen Ländern in gewisser Weise der einzige vereinheitlichende und stabilisierende Faktor: im Fall des Irak im Hinblick auf die kurdische Minderheit sowie die Spaltung zwischen Schiiten und Sunniten. Tatsächlich förderte der Westen, und insbesondere die USA, das Regime, solange es nicht Israel oder andere westliche Interessen gefährdete.

Während des Krieges zwischen Irak und Iran von 1980 bis 1988 unterstützte der Westen den Irak und Saddam Hussein uneingeschränkt, auch Massenvernichtungswaffen liefernd, in der Hoffnung, damit das Ajatollah-Regime im Iran zu stürzen, das als gefährlicher im Hinblick auf die eigenen Interessen eingeschätzt wurde. Die Logistik und die Satelliteninformationen über die iranischen Truppenbewegungen, die vom Westen dem Irak zur Verfügung gestellt wurden und damit einen Sieg der Iraner – der 1988 zum Greifen nahe war – verhinderten, waren entscheidend dafür, dass der Irak in diesem Krieg zumindest einen Waffenstillstand erreichte.

Saddam Hussein machte den schweren Fehler, nachdem er im August 1990 die amerikanische Botschafterin über seine Invasionspläne bezüglich Kuwait – auf alten historischen Argumenten aufbauend – informiert hatte und keinen Widerstand feststellte, dass er dieses scheinbare Nachgeben als eine Art von Kompensation für seine Opfer im Krieg gegen den Iran ansah. Jedoch tappte er offensichtlich in eine Falle, die ihm die USA gestellt hatten.

Mit Sicherheit gibt es keinen einzigen Grund, das Saddam-Husseini-Regime zu verteidigen. Es stand gegen alle Prinzipien, für die die Friedensbewegungen kämpfen. Aber der Sudan z.B. hat leider hinsichtlich der Verletzung von Menschenrechten, Genozid etc. eine viel schlimmere Bilanz aufzuweisen, als der Irak sie hatte. Jedoch ist ihm gegenüber bisher keinerlei Sanktion ergriffen worden, ganz im Gegenteil: Der Sudan wurde gar vor kurzem in das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen gewählt.

*George Bush*-Vater, 41. Präsident der USA, proklamierte einst, eine ›Neue Weltordnung‹ nach dem Zusammenbruch, der Implosion der Sowjetunion zu schaffen. Das bedeutete, die US-Hegemonie, oder man sollte besser sagen: die US-Dominanz, für immer und ewig auf dem ganzen Erdball zu errichten. Die Intervention gegen den Irak 1991 und die Befreiung Kuwaits ergaben einen guten Vorwand, US-Truppen in Saudi-Arabien zu stationieren – übrigens einer der Gründe für *Osama bin Laden*, den früheren CIA-Agenten in Afghanistan, sein *Al-Kaida*-Netzwerk aufzubauen.

Dreizehn Jahre nach dem Ende des ersten Golfkriegs der USA gegen den Irak gibt es noch immer keine Demokratie in Kuwait und auch weder Menschen- noch

Frauenrechte. Demgegenüber sind Korruption und Kleptokratie dominant. Der damalige US-Außenminister *George Baker* hat unnachahmlich und ganz eindeutig die drei Kriegsgründe der USA für die Intervention 1991 formuliert: »Geld, Geld, Geld«.

Zumindest waren George Bush-Vater und seine Berater so intelligent, den Irak aus den Gründen nicht zu besetzen, die wir heute erkennen. Denn alle Experten hatten damals für diesen Fall Aufruhr sowie das moralische, kulturelle, politische, soziale und ökonomische Desaster vorhergesagt, das wir heute erleben. Jedoch betrachteten seither die reaktionären Republikaner die Nichtbesetzung des Irak und den versäumten Sturz von Saddam Hussein als eine schwere Niederlage.

*V. Die US-geführte Aggression im März 2003 gegen den Irak* — Offensichtlich schienen George W. Bush-Sohn und seine Berater es besser zu wissen und wollten erfolgreich dort weiter machen, wo Bush-Vater gestoppt hatte, um endlich die größte Schmach der USA und ihres Militärs – die Niederlage gegen den Vietkong in Vietnam 1975 – ein für allemal vergessen zu machen und schließlich die USA als einzige und wirkliche Supermacht zu etablieren und damit insbesondere Europa, Japan und China unter ihre strikte Kontrolle zu bringen, indem sie die Weltölvorräte beherrschen.

Jetzt nähern sich die USA jedoch einem weiteren Vietnam. Der US-geführte Krieg ohne ein UN-Mandat wird mittlerweile ein Jahr später einhellig und scharf von den meisten US-amerikanischen Medien verurteilt. Um nur einige Schlagzeilen aus *The Japan Times* vom 29. Mai 2004 zu zitieren:

»Every reason for Iraq war proves bogus« (»Jede Begründung für den Irakkrieg erweist sich als Ente«) von *Sheryl MacCarthy* von *Newsday*.

»The limits of U.S. hegemony« (»Die Grenzen der US-Hegemonie«) von *William Pfaff* vom *Observer*.

»Bush ignores reality in Iraq« (»Bush ignoriert die Wirklichkeit im Irak«) von *Jim Hoagland* von der *Washington Post*, der früher ein Befürworter der US-Aggression war.

»Make leaders pay for their war policies« (»Lasst die Führer den Preis für die Kriegspolitik bezahlen«) – von *Michael Berg*, dem Vater des geköpften jungen US-Amerikaners *Nicholas Berg*.<sup>11</sup>

Der Irak-Krieg des Jahres 2003 ff. hat allein das US-Militär 150 Milliarden US-Dollar gekostet – weitere 25 Milliarden Dollar wurden bereits für die nächsten Monate zur Verfügung gestellt. Das ist erheblich mehr, als in den »worst-scenario cases« vor Beginn des Krieges vorhergesagt wurde. Eine Summe, die ausreicht, um den Welthunger für viele Jahre zu überwinden. Weitere 21 Milliarden Dollar wurden für den Wiederaufbau bewilligt, die zumeist an diejenigen US-amerikanischen Unternehmen gehen, die der Regierung nahe stehen. Diese Summe übertrifft wiederum um mehr als 1.200 Prozent das dafür ursprünglich bezifferte Budget von gerade 1,7 Milliarden Dollar.

Hunderte von US- und alliierten Soldaten wurden in diesem Krieg bis heute getötet, viele mehr verwundet, ganz zu schweigen von den Tausenden von irakischen Leben – insbesondere Frauen und Kinder –, die die Aggression gekostet hat. Hinzu kommt die Zerstörung der Infrastruktur und der unwiederbringlichen Kulturgüter.<sup>12</sup> Das Schlimmste ist zweifelsohne jedoch das moralische Desaster, von dem sich die USA so bald nicht mehr – wenn jemals – erholen werden.

*VI. Die Zukunft der Nationalstaaten* — Die Vereinten Nationen sind – wie bereits der Name sagt – ein Zusammenschluss von Nationalstaaten, also keine Föderation, keine Konföderation, ganz zu schweigen von einer politischen Union. Das Grundprinzip ist – vom Westfälischen Friedensvertrag herrührend – die Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten eines Nationalstaats, d.h. die Respektierung seiner Souveränität. Jedoch erlaubt Artikel 42 – aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs geboren und auf dem Hintergrund des europäischen Faschismus ebenso wie des japanischen Imperialismus basierend – militärische Aktionen seitens der UN, jedoch keine Präventivmaßnahmen, welcher Art auch immer.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und der Sowjetunion schien eine neue Ära für den Weltfrieden zu eröffnen. Jedoch war diese Hoffnung bisher vergebens. Es gab mehr Kriege als je zuvor. Viele, insbesondere Konservative, machen dafür die Schwäche der UN verantwortlich. Aber die UN sind immer nur so stark oder schwach, wie es die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats erlauben, und das heißt in erster Linie die USA. Entsprechend ihrem Souveränitätsverständnis werden die USA niemals – auch nicht mit einem Präsidenten *John Kerry* – den Vereinten Nationen eine Hoheit über sich oder ihre Truppen erlauben. Das ist auch der Grund, warum sie versuchten, das Zustandekommen des Internationalen Strafgerichtshofs zu vereiteln bzw. ihn nun boykottieren – obwohl die Idee und die Initiative dafür von US-Amerikanern stammt.<sup>13</sup>

Die US-Position beinhaltet ein fundamentalistisches Verständnis des Nationalstaats: ›Mein Land zuerst!‹ – nicht die Menschheit, nicht der Frieden, nicht die Menschenrechte. Dies ist die Logik eines *Empire* – ›Nur Gott sei über mir!‹. Dies ist jedoch zugleich die Logik des Krieges, dessen Gott *Mars* ist. Konservative US-Amerikaner bezeichnen seit dem Konflikt über den Einmarsch der USA in den Irak und dem Widerstand einer ganzen Reihe von europäischen Regierungen diese Europäer als *Venus*-Anhänger, die die Göttin der Liebe und des Friedens anbeten. Ich denke, die Europäer sollten stolz darauf sein.<sup>14</sup> Denn mit Ausnahme von Russland mit seinen andauernden Kriegen in Tschetschenien und andernorts sowie dem US-Vasallen Großbritannien, das vielleicht noch immer von seinem vergangenen *Empire* träumt, haben die meisten europäischen Nationen Lehren aus zwei fürchterlichen Weltkriegen gezogen und setzen daher hauptsächlich auf eine ›weiche Politik‹,<sup>15</sup> die u.a. das Sowjetregime durch eine Politik der Annäherung und den Aufbau einer Zivilgesellschaft sowie von Menschenrechtsgruppen zum Einsturz brachte.<sup>16</sup>

Wie *amnesty international* in seinem Bericht 2004 feststellte, und wie bereits erwähnt, haben die USA die Vereinten Nationen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg 2003 systematisch geschwächt – so wie sie es bereits während der letzten Jahrzehnte getan haben. Die USA benutzen die Vereinten Nationen nur, wenn es ihnen bzw. ihren Interessen nützt. Dabei bezahlen sie ihre Mitgliedsbeiträge niemals vollständig, um einen permanenten Hebel zu haben, die Organisation unter Druck zu setzen. Interessanterweise kommen, wie William Pfaff bemerkt, nun aber die Grenzen des US-Imperialismus immer mehr zum Vorschein. Die reichste und bestgerüstete Nation der Welt ist nicht einmal in der Lage, Konflikte, die sie vor kurzem begonnen haben, wie die Kriege in Afghanistan und im Irak – zwei mittelgroße Länder mit jeweils etwa 25 Millionen Bürgern –, zu regulieren. Und die Situation in Afghanistan ist heute mit der *de facto*-Herrschaft der *warlords* in den meisten Teilen des Landes auch nicht viel besser als im Jahr 2001, wie auch das *International Criminal Tribunal on Afghanistan* im Dezember 2003 in seinem Urteil feststellte.<sup>17</sup>

Man kann also zu dem Schluss kommen, dass die Widersprüche des US-Imperialismus dazu beitragen, den Nationalstaat als das einzige und bestmögliche Instrument, um Frieden, soziale Sicherheit, Freiheit und Wohlfahrt zu garantieren, zu hinterfragen.<sup>18</sup> Nach der US-Aggression gegen den Irak im Jahre 2003 ist der Supernationalstaat, die USA, geschwächt. Sie sind zu einem Elefanten auf tönernen Füßen geworden und können die Gewalttätigkeit weder im eigenen Land noch außerhalb ihrer eigenen Grenzen beherrschen. Auf der anderen Seite sind die anderen Nationalstaaten in der Welt häufig zu Marionetten-Regimes reduziert, die nur so viel Autonomie haben, wie es die USA erlauben. Deshalb mag es die Ironie der Geschichte sein – ähnlich wie im Fall des Römischen Imperiums –, dass ihre übergroße Stärke auch die Mächtigsten überwältigen kann. 356 Jahre nach dem Westfälischen Friedensvertrag ist es Zeit für eine neue Ära der internationalen Beziehungen und eine neue Weltorganisation.

Johan Galtung träumt von einer Welt mit 4.000 Nationalstaaten, um Frieden zu schaffen, da diese zu klein seien, um Aggressionskriege zu führen. Ich bin von diesem Modell nicht ganz überzeugt. Denn unglücklicherweise haben wir in der Geschichte zusehen müssen – auch gerade in der jüngsten Geschichte –, dass kleine Nationalstaaten genauso grausam sein können wie große. Die Beispiele reichen von Jugoslawien, Ruanda, Burundi über Sierra Leone bis zu Liberia. Daher ist dieses Modell m.E. keine gute Alternative zu dem jetzigen System. Es gibt nur eine Alternative:

Um den Weltfrieden zu stärken, müssen die *Vereinten Nationen gestärkt* werden und diese in eine wirkliche politische Union transformiert werden, eine Weltregierung. Die politische Struktur sollte zuerst die einer Föderation und später die einer Konföderation sein. Das beinhaltet die Abschaffung und die Überwindung des Nationalstaats. Alle nationalen Armeen müssten aufgelöst und durch ein UN-

Friedenskorps ersetzt werden. Als ein erster Schritt zur Stärkung der Vereinten Nationen sollte das Veto-Prinzip abgeschafft werden.

Unglücklicherweise gibt es aber leider ein großes Hindernis für eine solche Weltfriedensordnung und die Stärkung der Vereinten Nationen: Dieses sind die Vereinigten Staaten von Amerika selber. Daher müssen wir mit allen demokratischen und Friedenskräften in der Welt zusammenarbeiten und diese unterstützen, damit eine wirkliche demokratische Revolution in den USA stattfindet, dem Land, das lange Zeit als das Mutterland der Demokratie angesehen wurde und sich wohl auch noch immer dafür hält.<sup>19</sup> Ob die Demokraten in den USA mit dem Präsidentschaftskandidaten John Kerry einen Schritt in diese Richtung gehen, bleibt offen. Für den Weltfrieden scheint aber jede Regierung besser zu sein als die von George W. Bush. So kann man nur auf eine bessere Zukunft *hoffen*, denn die Hoffnung ist eine der stärksten Kräfte in der Menschheitsgeschichte, und sie stirbt zuletzt.<sup>20</sup>

- 
- 1 Deutsche Fassung eines englischsprachigen Vortrags des Verfassers im Rahmen des 5. Hearings des International Criminal Tribunal on Iraq (ICTI) am 6. Juni 2004 in Yokohama, Japan. – Es ist erfreulich, dass die japanische Friedensbewegung, nach dem Vorbild des Russell Tribunals 1967 gegen den Vietnamkrieg, im Jahr 2002 ein International Criminal Tribunal on Afghanistan (ICTA) und 2004 ein International Criminal Tribunal on Iraq eingerichtet hat. An beiden war der Verfasser als Experte bzw. als einer der Ankläger beteiligt. – Zur japanischen Debatte um die hier interessierenden Fragen siehe auch: Yasushi Akashi: Japans Rolle in der Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts. In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 8 (2001), S. 48-55 – Narahiko Ito: Eine Geschichte Japans. Der Artikel 9 der japanischen Verfassung: Für eine Welt ohne Krieg und Armee. Anlässlich des 350. Jahrestages des Westfälischen Friedens [erscheint Münster 2004; japanisches Original: Tokio 2000] – Jahrbuch Krieg und Literatur 2003: Schwerpunkt Japan. Osnabrück, Erich Maria Remarque Friedenszentrum – Eiichi Kido: Der ›Friedensstaat‹ Japan auf dem Weg zur Kriegsbereitschaft. Über die widerspruchsvolle Ko-Existenz der japanischen Verfassung und der Sicherheitsallianz mit den USA. In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 10 (2003), S. 189-203.
  - 2 Alle Übersetzungen aus dem Englischen stammen vom Verfasser.
  - 3 Zit. nach: The Japan Times vom 28. Mai 2004, S. 5.
  - 4 U.S. might have committed war crimes in Iraq: U.N. report. In: Los Angeles Times. Zit. nach: The Japan Times vom 6. Juni 2004, S. 4.
  - 5 Siehe dazu auch meine Aufsätze: Der Kosovo-Konflikt und der Westfälische Frieden. In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 7 (2000), S. 211-229, sowie: Umwelt – Entwicklung – Frieden: Lösungsbedürftige Probleme aus der Sicht der interdisziplinären Wissenschaften. In K. Bosshardt (Hg.): Problembereiche interdisziplinärer Forschung. Bern u.a. 1999, S. 151-168.
  - 6 Dieses Verständnis ist jedoch keineswegs so neu oder revolutionär, wie es den damaligen Zeitgenossen erschienen sein mag. So schliesst z.B. das ›Yin-Yang‹-Prinzip ostasiatischer Länder wie Japan und China ein derartiges verabsolutierendes Denken aus.
  - 7 Alexis de Tocqueville: De la démocratie en Amérique. 2 Bde. 1835, 1840.
  - 8 Siehe dazu Johan Galtung: Frieden mit friedlichen Mitteln. London 1996.
  - 9 Die Bezeichnung, die bekanntlich der frühere US-Präsident Ronald Reagan für die damalige Sowjetunion wählte.
  - 10 Erstmals 1958 erschien »The Ugly American«, der später sehr erfolgreiche und 1963 mit Marlon Brando in der Hauptrolle verfilmte Roman von Eugene Burdick and William J. Lederer über das Verhalten der USA in der Dritten Welt.
  - 11 Sheryl MacCarthy: Every reason for Iraq war proves bogus. Erschienen in: Newsday; William Pfaff: The limits of U.S. hegemony. Erschienen in: The Observer; Jim Hoagland: Bush ignores reality in Iraq. Erschienen in: The Washington Post. Alle zit. nach: The Japan Times, 29. Mai 2004, S. 17 – Michael Berg: Make leaders pay for their war policies. In: The Japan Times, 29. Mai 2004, S. 17.
  - 12 Es ist z.B. bezeichnend, dass das Ölministerium von den US-amerikanischen Truppen geschützt wurde, nicht jedoch das Nationalmuseum oder gar die Nationalbank.

- 13 Das ist so ähnlich wie beim globalen Klimaschutz, für den die USA zu Anfang der 1970er Jahre führend eintraten, um ihn nunmehr massiv zu behindern.
- 14 Dazu Klaus Busch u.a. (Hg.): Wege zum Sozialen Frieden in Europa. Osnabrück 1999.
- 15 Siehe dazu auch das Friedensgespräch mit Norman Birnbaum und Brigitte Young am 10. April 2003, dokumentiert in vorliegendem Band, sowie Norman Birnbaum: Nach dem Fortschritt. Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus. Stuttgart, München 2003.
- 16 Siehe dazu György Széll / Wiking Ehlert (Hg.): New Democracies and Old Societies in Europe. Frankfurt u.a. 2001.
- 17 Siehe dazu: [www.icta.org](http://www.icta.org).
- 18 Obwohl auch dies bisher leider immer nur für eine Minderheit der Menschheit galt.
- 19 Siehe dazu Heinz Sünker / Russell Farnen / György Széll (Hg.): Political Socialisation, Participation and Education: Change of Epoch – Processes of Democratisation. Frankfurt/Main u.a. 2003.
- 20 Dazu insbesondere Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. 3 Bände. Frankfurt/Main 1959.